

Der Dritte Arbeitsmarkt: Konzepte, Ziele und Folgen.

Die Position der ANA
beschlossen am 25.10.2007

Inhalt

1.	Modelle und Konzepte	3.1.1.	Weltweit
2.	Begründungen	3.1.2.	Auswirkungen auf die Kommunen
2.1.	Zielgruppen	3.1.3.	Grenzen und Auswege?
2.1.1.	"Teilhabe"	3.2.	Paradigmenwechsel
2.1.2.	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?	3.2.1.	In der Sozialen Sicherung
2.2.	"Ehrlicher" zweiter Arbeitsmarkt?	3.2.2.	In der Arbeitsmarktpolitik
2.2.1.	Minderleistungspotential	4.	Die ungewollte Wirkung von Alternativ- Vorschlägen
2.2.2.	Niedriglohn	5.	Was notwendig ist
2.3.	Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit		Abkürzungen
2.4.	Ein Arbeitsmarkt im ständigen Ausnahmestand		Literatur
3.	Ursachen, Hintergründe		Anhang: Programme, Modelle zum "Dritten Arbeitsmarkt"
3.1.	Neoliberale Wende		

Mit der Einführung von Alg II, wohl für immer mit dem Namen "Hartz IV" verbunden, wurde die radikalste Veränderung der Sozialen Sicherung in der BRD eingeleitet, die Zusammenlegung der früheren Arbeitslosenhilfe mit der früheren Sozialhilfe auf einem gemeinsamen niedrigeren Niveau. Die Auswirkungen sind in ihrem gesamten Umfang noch lange nicht abzusehen, trotzdem gehen die Angriffe auf "Hilfebedürftige" wie auf abhängig Beschäftigte munter weiter.

Können Politik und Verwaltungskräfte jetzt einerseits nicht mehr verleugnen, dass Alg II nicht reicht, um z. B. Schulanfänger mit dem Nötigsten auszustatten, beschweren sie sich über "Aufstocker", d. h. Menschen, die mit ihrer Arbeit so wenig verdienen, dass sie noch An-

spruch auf ergänzendes Alg II haben, und diesen Anspruch auch wahrnehmen, arbeiten sie andererseits unvermindert daran weiter, das Lohnniveau zu senken. Es sei hier dahingestellt, ob die gegenläufige Tendenz, der Ruf nach einem Mindestlohn, wirklich der Einsicht oder dem politischen Kalkül vor den nächsten Wahlen geschuldet ist. Die Lösungsvorschläge sind Stückwerk, etwa, dass Kindern doch mal mehr gegeben werden soll. Die Haupttendenz geht immer noch in Richtung Kostensenkung und Senkung des Lohnniveaus.

Eines dieser Vorhaben ist der so genannte Dritte Arbeitsmarkt. Unter dieser Bezeichnung fassen wir die hier behandelten Vorschläge und Modelle zusammen.

1. Modelle und Konzepte

Unter Namen wie "Ehrenamt", "Bürgerarbeit"¹, "Dritter Arbeitsmarkt" und ähnlichen phantasievollen Bezeichnungen laufen seit einiger Zeit Modellprojekte in verschiedenen Städten und Kommunen. Einige Organisationen, Institutionen, Länder- und die Bundesregierung stellen Konzepte zur Diskussion. Allen gemeinsam ist, dass Menschen, die keine abhängige Beschäftigung haben (Hausfrauen, RentnerInnen, aber auch Erwerbslose), in Tätigkeiten eingebunden werden sollen. Die Begründungen sind sehr unterschiedlich: Die öffentliche Hand soll Geld einsparen, Erwerbslose, die auf dem "Ersten Arbeitsmarkt" keine Chance haben, sollen eine (sinnvolle) Beschäftigung bekommen, Menschen, die sich engagieren wollen, soll die Möglichkeit dazu geschaffen werden. Die Bedingungen der einzelnen Projekte sind dabei sehr unterschiedlich. Einige zentrale Elemente tauchen immer wieder auf, die wir zunächst kurz zusammenfassen. (Siehe auch Tabelle im Anhang!)

Zielgruppe sind Langzeitarbeitslose (LZA) mit mehreren Vermittlungshemmnissen; insbesondere rentennahe Jahrgänge (über 55 Jahren), LZA in strukturschwachen Gebieten (DGB)², AlgII-BezieherInnen, die keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben (Sachsen-Anhalt), LZA über 25 Jahren (Linksfraktion.PDS Sachsen, Berlin) oder, im Konzept Prölß (Referent für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg), grundsätzlich alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (eHb)³ über 50 Jahren und

¹ Unter den Bezeichnungen "Ehrenamt", "Bürgerarbeit" laufen auch Projekte, die mit dem vielleicht etwas veralteten Begriff "Nachbarschaftshilfe" bezeichnet werden könnten. Wir haben nichts dagegen, wenn Menschen Anderen helfen (auch die ANA arbeitet ehrenamtlich). Wir haben aber etwas dagegen, wenn durch solche Einsätze die Arbeit von regulären Arbeitskräften betroffen ist. Sei es, dass deren Arbeit verdichtet wird, sei es dass Stellen ganz wegfallen.

² Wenn nicht anders angegeben, basieren die Aussagen auf folgenden Quellen: Für Sachsen-Anhalt: Der Spiegel 10/2007; für Linksfraktion.PDS Sachsen und Berlin: Lay, Caren und Junge Welt 11./12.02.2006; für DGB: Buntentbach.

³ Erwerbsfähige Hilfebedürftige sind Personen, die das 15. Lebensjahr vollendet, das 65. aber noch nicht vollendet haben, die erwerbsfähig sind (mindestens drei Stunden täglich arbeiten können), die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben und hilfebedürftig sind. Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensun-

terhalt mit mindestens drei Vermittlungshemmnissen. Die Dauer dieser Beschäftigungen soll durchgängig längerfristig sein, mehrere Jahre im DGB-Modell und bei der Linksfraktion.PDS, Prölß will über fünfzigjährige eHb bis zur Rente beschäftigen. (Prölß, S. 14) Diese Tätigkeiten sollten nach Linksfraktion.PDS und DGB freiwillig übernommen werden, Sachsen-Anhalt sieht eine Arbeitspflicht vor, als Sanktion ist eine Sperre im Bezug von Alg II vorgesehen. Der DGB hält Sanktionen für verfassungsrechtlich bedenklich. Prölß setzt auf Freiwilligkeit, sieht aber in begründeten Ausnahmefällen Sanktionen vor. Der DGB will in "marktfernen Tätigkeitsfeldern" der Verbesserung der sozialen Infrastruktur dienen. Sachsen-Anhalt sieht als Beispiel eine Tätigkeit im Altenheim, nicht die Pflege selbst, sondern miteinander reden, Handhalten, da sein, alles wozu das Pflegepersonal zu wenig Zeit hat. Die Linksfraktion.PDS will die Betroffenen in der Schulsozialarbeit, der Schulbusbegleitung u. Ä. und auch in Kultur-, Stadtteil-, Naturschutz- und Tourismusprojekten einsetzen. Prölß will "gemeinsam mit den Kammern, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden eine Positivliste mit Tätigkeitsfeldern und Tätigkeiten" entwickeln, "die zusätzlich sind und im öffentlichen Interesse liegen." (Prölß, S. 25) Er schlägt vor:

- Im Gesundheitsbereich (Begleit- und Schiebedienste).
- Haushaltsassistenten für gehandicapte Menschen (Kochen, Putzen, Einkäufe).
- Betreuung von behinderten Menschen (Spielen, Spaziergänge, Vorlesen).
- Seniorenarbeit (Vorlesen, Alltagsbegleitung bei Einkäufen).
- In Frauenhäusern, Schutzwohnungen, ambulanten Beratungen (Kinderbetreuung).
- In Kindertagesstätten und Kinderhorten (Hauswirtschaftliche Dienste, Vorlesen, mit Teilgruppen Spielen, Reparieren von Spielzeug, ...).
- Betreuung und Pflege von Kinderspielplätzen.
- In Schulen (Unterstützung bei Aufsicht, Begleitung in Bussen, bei Wandertagen, ...).

terhalt, seine Eingliederung in Arbeit und den Lebensunterhalt der mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht aus eigenen Kräften und Mitteln decken kann. (Vgl. Gesetzestext SGB II, §§ 7 und 9; Zitiert nach Kettner, Rebien)

- In Jugendeinrichtungen (Begleitung bei Projektfahrten, ...).
- In Sportvereinen (Wartung und Pflege von Geräten und Grundstücken, Organisation von Lauftreffs, Spielfesten, ...).
- Im Naturschutz (Wiedervernässung von Mooren und Feuchtbiotopen, Uferpflege, Pflege von Vogelnistplätzen, ...).
- Sauberkeit, z. B. in kommunalen Grünanlagen (Unkrautbeseitigung auf Wegen, ...).
- Sicherheit (Straßenwacht, Begleitdienst in U-Bahnen).
- Kultur (zusätzliches Aufsichtspersonal bei Ausstellungen, Hilfe beim Zusammenbau von Museumsstücken).
- Praktische Arbeiten in Gewerbe und Handwerk (Recycling von Fahrrädern für gemeinnützige Zwecke, Ersatzteilgewinnung, Müllvermeidung). (Prölß, S. 25/26)

Träger der Maßnahmen könnten laut DGB, Linksfraktion.PDS und Sachsen-Anhalt gemeinnützige Organisationen wie Wohlfahrtsverbände, Vereine oder auch der kulturelle Bereich sein. Prölß denkt an Sozialverbände, aber auch an Wirtschaftsunternehmen. Die NOA ist als Organisator vorgesehen. Die Beschäftigungsbedingungen sind genauso unterschiedlich. Der DGB will einen Mindestlohn von 7,50 € zahlen, hat Sozialversicherungsabgaben außer Arbeitslosenversicherung vorgesehen. Sachsen-Anhalt will 800,- €, Linksfraktion.PDS 1.400,- € oder 8,- € Mindestlohn zahlen. Prölß will ABM und Mehraufwandsentschädigung (1-€-Job) zusammenfassen zu einem Instrument mit 1,- bis 2,- € Entschädigung pro Stunde für den Mehraufwand. (Prölß, S. 13)

"Kommunal-Kombi", das Programm der Bundesregierung, vom Bundesminister für Arbeit und Soziales am 27. 6. 07 im Kabinett vorgestellt, liest sich im Vergleich zu den anderen Ansätzen wie ein Mini-Konzept. In den Jahren 2008 und 2009 sollen in Regionen mit einer Arbeitslosenquote von mindestens 15 % 100.000 Beschäftigungen auf die Dauer von drei Jahren in Kommunen geschaffen werden. (Tagesschau v. 27., 28.6.07, Bundes-SGK) Bei offiziell 2,67 Mio arbeitssuchenden Langzeiterwerbslosen drängt sich der Verdacht auf, dass hier außer der Hoffnung auf die propagandistische Wirkung ein "Modell für halbprekäre Beschäftigung im öffentlichen Sektor etabliert werden" soll. (JW 28. 6. 07) Auf jeden Fall deutet die Befristung bis 2012 darauf hin, dass dieses

Programm eher als eine Erprobungs- und Testphase gesehen wird. Wir behandeln deshalb auch die anderen Programme und Modelle, auch weil sie z. T. besser und ausführlicher begründet sind als das, was bisher über "Kommunal-Kombi" bekannt ist. Auf das Modell des Referenten für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, Reiner Prölß, gehen wir genauer ein. Zum einen weil es in Nürnberg durchgesetzt werden soll, zum anderen weil es bundesweit als "Pilot" angeboten wird. (Prölß, S. 31)

2. Begründungen

2.1. Zielgruppen

2.1.1. "Teilhabe"

Prölß begründet sein Modell zwar einerseits damit, dass "ein großer Teil der eHb im Leistungsbezug der ARGE nicht (mehr) in den so genannten ersten Arbeitsmarkt integrierbar ist" (S. 6), sieht im öffentlich finanzierten und organisierten Arbeitsmarkt aber andererseits "aus der Perspektive des arbeitslosen Hilfebedürftigen" zwei Ziele:

- Verbesserte Integrationschancen in den ersten Arbeitsmarkt.
- Soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe durch dauerhafte Beschäftigung und die Ermöglichung eines Lebens in Menschenwürde. (Prölß, S. 12/13)

Den Widerspruch im ersten Spiegelstrich löst er auch dadurch nicht auf, dass er die Möglichkeit einräumt, dass doch mal ein/e eHb durchrutscht und mit verschiedenen Maßnahmen im ersten Arbeitsmarkt landet. Oder liegt das Schwerkraft der Argumentation auf der "Perspektive der erwerbslosen Hilfebedürftigen", die er im Glauben lassen will, sie hätten durchaus noch Chancen?

Die "soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe" wird von Prölß auf die Beschäftigung reduziert. Wie er ein "Leben in Menschenwürde" ermöglichen will bei einer finanziellen Ausstattung von Regelsatz, Kosten der Unterkunft (KdU) - die entsprechend billige Wohnung vorausgesetzt - und 1,- bis 2,- € Mehraufwandsentschädigung pro Stunde bleibt sein Geheimnis. Er sieht durchaus die psychosozialen Folgen der Arbeitslosigkeit für das Individuum und deren Familie wie Enthythmisierung des All-

tags, Frustrationen und Belastungen bis hin zu gesundheitlichen Störungen und psychosomatischen Erkrankungen. (S. 12) Die materiellen Folgen eines Lebens unter dem Existenzminimum trotz Arbeit sieht er nicht: Kleider, Schuhe sind irgendwann zerschissen, langlebige Gebrauchsgüter wie Waschmaschine oder Kühlschrank müssen irgendwann ersetzt werden, ohne dass die entsprechenden Beträge hätten angespart werden können. Aber was ist das schon gegen die Anerkennung durch Arbeit!? Im Vergleich zweier Studien über Working Poor kommen Mäder u. a. zum Ergebnis, dass neben Geldmangel ein starker Rückzug (Tabuisierung der Armut), in der ersten Studie festgestellt, nach 13 Jahren durch die Kumulation sozialer Probleme in Resignation und Empörung umgeschlagen sind (zweite Studie). Diese Empörung fördere da und dort die Bereitschaft, sich zu wehren, erhöht aber "auch die Gefahr, Halt bei autoritären Organisationen oder populistischen Kräften zu suchen." Zwar über Erwerbstätigkeit integriert, sei die Möglichkeit an Freizeitaktivitäten teilzunehmen, eingeschränkt. (Mäder, S. 96/97) Selbst die Integration in die Erwerbstätigkeit ist zu relativieren: Wie weit geht diese Integration, wenn ein gemeinsames Mittagessen mit den ordentlich bezahlten KollegInnen nicht möglich ist?

Prölß will den Problemgruppen, also eHb über 50 dauerhaft und ausgewählten Personengruppen, z. B. solche mit drei Vermittlungshemmnissen, längerfristige Arbeitsgelegenheiten "incl. Qualifizierungsmöglichkeiten" anbieten. (S. 14) Dabei handelt es sich um 5.000 bis 7.000 Stellen in Nürnberg, die rund ein Drittel der Arbeitslosen im AlgII-Bezug versorgen würden. Da stellt sich schon die Frage, warum er Personen, die keine Chance zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, qualifizieren will. Bei aller Sparwut soll hier plötzlich Geld ausgegeben werden, eine Investition in Humankapital, die sich nicht amortisieren wird. Soll hier für eine Qualifikation, die nicht in eine Stelle am ersten Arbeitsmarkt führen wird, Geld ausgegeben werden, oder für eine Tätigkeit im öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt?

2.1.2. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

Die kommunalen Investitionsmittel seien begrenzt, Prölß beruft sich auf die schwierige Haushaltslage. Gleichzeitig bestehe ein großer Bedarf z. B. nach einer verbesserten Infra-

struktur in vielfältiger Hinsicht. Würde man nun nach Prölß die Vergabe von Aufträgen koppeln mit den Bedingungen, zusätzlich LZA einzusetzen oder zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, könnten außerdem die Kosten pro Projekt gesenkt und dadurch weitere Projekte angestoßen werden, wodurch die Einnahmesituation der beteiligten Unternehmen letztlich gleich bliebe und die Infrastruktur nachhaltig verbessert würde. (Prölß, S. 26/27)

Eine Folge dieses Konzepts wäre, dass die gleiche Arbeit einmal im normalen kommunalen Arbeitsablauf oder auch bei Vergabe an Unternehmen zu normalen Bedingungen (Tariflohn, SV-Beiträge, betriebliche Interessenvertretung, usw.) durchgeführt würde. Gleichzeitig würde sie aber auch, über den Dritten Arbeitsmarkt, zu dessen Bedingungen abgeleistet, also AlgII-Förderung plus 1,- bis 2,- € Mehraufwandsentschädigung. Dies wäre der Fall in verschiedenen Städten, da ja jede Kommune, jeder Landkreis ein eigenes Modell, eine eigene ARGE hat, in Regie von Bundesländern, im Extremfall aber auch innerhalb ein- und derselben Kommune, weil gleiche Tätigkeiten bei verschiedenen Trägern durchgeführt werden. Unterschiedliche Bedingungen gäbe es dann allerdings nicht nur in räumlicher Hinsicht, sondern auch in zeitlicher: Arbeiten, die weggespart, wegrationalisiert wurden, werden wieder aufgenommen, jetzt zu den Bedingungen des Dritten Arbeitsmarktes.

Wenn die Fragen, wer welche Bedingungen erhält, in welcher Stadt jemand arbeitslos wird, ob 10 Jahre früher oder später, an welche/n SachbearbeiterIn jemand gerät, über beruflichen Erfolg oder Misserfolg entscheiden, ist dem Zufall und der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Von Gleichbehandlung, vom Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" kann dann keine Rede mehr sein. Haben dafür Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie über 100 Jahre lang gekämpft?

2.2. "Ehrlicher" zweiter Arbeitsmarkt?

Der Einsatz von LZA in den oben beschriebenen Projekten und als Bedingung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zielt auf ein Ergebnis: Kostensenkung. Dafür würde Prölß auch nicht "marktfähige" Arbeitslose qualifizieren, so dass sie ihre Aufgabe übernehmen können. Das wäre immer noch billiger als eine "nor-

male" Bezahlung. Eine Haltung, die aus der Sicht der Kommunen, die seit Jahren in Geldknappheit gehalten werden, einer gewissen Logik entspricht.

Aber auch der DGB bringt unter der Bezeichnung "Ehrlicher zweiter Arbeitsmarkt" ein eigenes Konzept in die Diskussion ein. (Buntenbach) Er konstatiert, dass derzeit (Juli 2006) bis zu sieben Mio Arbeitsplätze fehlen. Der Arbeitsmarkt könne nur durch öffentlich geförderte Beschäftigung entlastet werden. Für ihn hat der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt Vorrang, auch dafür würde er Beschäftigung öffentlich fördern, allerdings zu Tarifbedingungen und auch in Betrieben, die sich auf dem ersten Arbeitsmarkt bewegen. Die Förderung wäre ein Ausgleich für ein "Minderleistungspotential" der geförderten Beschäftigten und wirke einem Wettbewerbsnachteil entgegen. Die andere Variante ist die oben schon angesprochene "Verbesserung der sozialen Infrastruktur" in gemeinnützigen Unternehmen. Diese zweite Variante fügt sich alles in allem in das Schema der anderen Modelle ein, obwohl der Zwang zur Arbeit ausgeschlossen und die Bezahlung immerhin auf Mindestlohniveau von vorgeschlagenen 7,50 € sein soll. Die Finanzknappheit der Kommunen, die Unfähigkeit oder der Unwille der Wirtschaft, allen Menschen einen Arbeitsplatz anzubieten, wird als gegeben konstatiert. Die "Anforderungen des Marktes" werden anscheinend akzeptiert, wie sie sind.⁴

2.2.1. Minderleistungspotential

Mit dieser Wortschöpfung umschreibt der DGB die Annahme, LZA könnten bei Wiederaufnahme einer beruflichen Tätigkeit nicht von Anfang an die erforderliche Leistung erbringen.⁵ Diese "Minderleistung" soll durch eine "Eingliederungshilfe", also eine Geldzahlung an den Arbeitgeber, ausgeglichen werden. Mit diesem Stempel werden Menschen disqualifiziert, die die Anforderungen eines Marktes nicht (mehr) erfüllen, der "auf absehbare Zukunft" bis zu

sieben Mio Arbeitsplätze zu wenig zur Verfügung stellt. (Buntenbach) Ein Arbeitgeber kann sich also aus einem riesigen Pool von Arbeitssuchenden die aus seiner Sicht Besten herausuchen.⁶ Die Anforderungen im Stellenprofil werden angehoben und es gibt immer weniger Bewerber, die diese neuen Anforderungen erfüllen. Logische Folge ist verstärkte Konkurrenz unter den Lohnabhängigen, ob sie nun in Arbeit sind oder nicht.

In der aktuellen Diskussion wird auf einen Mangel an Fachkräften hingewiesen, auf Stellen, die nicht besetzt werden können, weil die geforderten Qualifikationen fehlen. Oschmiansky u.a. fordern, Mittel der BA wieder verstärkt für Qualifizierung einzusetzen. Je höher die Qualifikation, desto geringer ist das Risiko der Arbeitslosigkeit. (Oschmiansky, S. 296) Für Ingenieure kann dies allerdings noch nicht behauptet werden, wie eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) feststellt. Besonders Frauen, sowie ältere und seit längerem arbeitslose Ingenieure hätten Schwierigkeiten, einen Job zu bekommen. Noch immer sei jede zwölfte Ingenieurin arbeitslos. Die Arbeitslosenquote von Ingenieurinnen sei im Dezember 2006 mit 9,7 % mehr als doppelt so hoch gewesen als die der Ingenieure. Es bestehe "allenfalls ein Mangel an jungen männlichen Ingenieuren bestimmter Fachrichtungen." Im Maschinenbau, bei Elektro- und WirtschaftsingenieurInnen sei die Arbeitslosenquote unter vier Prozent gesunken. (NN, 5.9.07)

Dass eine möglichst gute Qualifikation notwendig ist, dass an dieser Qualifikation ein Leben lang gearbeitet werden muss, steht außer Frage. Die angesprochene Lücke bei den Fachkräften, falls sie tatsächlich existiert, könnte damit vielleicht geschlossen werden. Jedenfalls wenn rechtzeitig bekannt ist, welche Qualifika-

⁴ Die Frage, ob der DGB damit das Ziel "Vollbeschäftigung" ganz aufgegeben hat, soll hier nicht weiter verfolgt werden. Aber die Strategie der Arbeitszeitverkürzung steht in direkter Konkurrenz zu den hier diskutierten Vorschlägen.

⁵ Nach dieser Logik müsste auch bei jedem Stellenwechsel eine "Minderleistung" vorliegen. In die Besonderheiten des neuen Unternehmens muss sich die qualifizierteste Fachkraft erst einarbeiten.

⁶ Wenn die Anforderungen an die Arbeitskräfte so streng sind, ist es dann nicht fraglich, ob die mangelnde Fähigkeit, den Arbeitsplatz adäquat auszufüllen, durch eine Eingliederungshilfe ausgeglichen werden kann? Ist nicht eher zu vermuten, dass eine Arbeitskraft mit "Minderleistung" solche organisatorische Probleme aufwirft, dass sich ein finanzieller Ausgleich gar nicht lohnt? Natürlich wäre nach Art der Tätigkeit genauer zu differenzieren. Andererseits bietet sich für einen einstellungswilligen Arbeitgeber geradezu an, diese Eingliederungshilfe anzunehmen, auch wenn er den/die BewerberIn auf jeden Fall genommen hätte.

tionen gebraucht werden.⁷ Die fehlenden sieben Mio Arbeitsplätze sind so allerdings nicht abzubauen. Die Chance der/des einzelnen gut Qualifizierten erhöhen sich, dafür werden andere, weniger gut Qualifizierte, in die Arbeitslosigkeit gedrängt bzw. bleiben dort. Auf der individuellen Ebene der Arbeitssuchenden ist dieses Problem nicht zu lösen. Solange weniger Arbeit angeboten wird, als es Menschen gibt, die Arbeit brauchen, wird es Erwerbslosigkeit geben.

2.2.2. Niedriglohn

Die Abgrenzung des öffentlich geförderten Sektors von Tätigkeiten, die innerhalb der tariflichen Bedingungen gehandelt werden, dürfte schwer fallen. Wie sollen die Tätigkeiten etwa von Krankenschwestern, -pflegern, AltenpflegerInnen, LandschaftsgärtnerInnen unterschieden werden von denen der Dritten-Arbeitsmarkt-Kräfte oder von den Arbeitskräften des "ehrlichen" 2. Arbeitsmarktes? Wie soll z. B. "Vorlesen" zur Unterstützung von ErzieherInnen abgegrenzt werden von deren Tätigkeit, ist dies doch ganz normaler Bestandteil der Tätigkeit (Berufsinformation Erzieher/in). Ursprünglich bundesweit einheitliche Berufsbilder werden aufgelöst: Eine Tätigkeit, die hier Bestandteil eines Berufes ist, ist es dort nicht mehr, da z. B. von Ehrenamtlichen übernommen. Wie wird sich diese Uneinheitlichkeit auf Dauer auswirken z. B. auf die Ausbildung? Wird die ehemals anspruchsvolle Tätigkeit aufgeteilt in mehrere Teiltätigkeiten, die von un- oder angelernten Kräften ausgeführt wird?

Es ist auch nicht gesagt, dass es auf Dauer nur um die in den Modellen beschriebenen Tätigkeiten gehen wird. Modellprojekte haben es so an sich, dass sie immer in den schönsten Farben schillern, soll doch etwas verkauft werden.

2.3. Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit

Es wird in den Modellen oft angeführt, dass es sich ja um gesellschaftlich sinnvolle Arbeit handelt (DGB), oder Arbeit, die wichtig für die Gesellschaft ist, die aber niemand bezahlen will oder kann (Sachsen-Anhalt), oder es wird von gemeinwohlorientierter Arbeit gesprochen (BA).

⁷ Hier scheint es bei der Personalplanung Defizite zu geben, die mit den "Unwägbarkeiten des Marktes" entschuldigt werden. Oder steckt einfach die ideologische Verblendung dahinter, dass der Markt das von selbst regeln würde?

"Gesellschaftlich sinnvolle Arbeit" ist also zusätzlich, erwirtschaftet keinen Gewinn, soll von denen, die keine andere Arbeit finden, erledigt werden und wird am schlechtesten bezahlt. Der Unterschied zu AlgII ist minimal und soll in Zukunft möglichst gering gehalten werden.⁸

Was ist das für eine Gesellschaft, die Arbeiten, die sie für sinnvoll, also auch irgendwie für notwendig, hält, so behandelt? Welche Vorstellung hat diese Gesellschaft von sich selbst? Wir sehen die Dominanz des Marktes und des Prinzips der Gewinnmaximierung, der die Menschen gnadenlos untergeordnet werden.

Dem steht der Anspruch gegenüber, Arbeit, die als gesellschaftlich sinnvoll bezeichnet wird, auch angemessen zu bezahlen. Dies ist eine Frage, die politisch entschieden und durchgesetzt werden muss. Einen möglichen Einstieg schlägt Wagner vor. Die Arbeitsmarktpolitik organisiert in einer "Lokomotivfunktion" gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, wo ungedeckte Bedarfe bestehen. Erweisen sich diese Tätigkeiten als nützlich und würden weiterhin nicht durch Wirtschaftsunternehmen angeboten, sollten sie in öffentlich (teil-)finanzierte reguläre Beschäftigung überführt werden. (Wagner, S. 326)

2.4. Ein Arbeitsmarkt im ständigen Ausnahmezustand

In allen Modellen wird von "öffentlicher Förderung", von "öffentlichem Arbeitsmarkt" o. Ä. gesprochen. Diese Wortwahl macht deutlich, dass es bei den zu schaffenden Beschäftigungen um Ausnahmen geht. Das wird auch deutlich in der Befristung der Maßnahmen.

In der überwiegenden Mehrzahl der vorgeschlagenen Tätigkeiten handelt es sich allerdings um originäre Aufgaben der Kommunen, zusammengefasst als Daseinsvorsorge. Aufgaben,

⁸ Interessante Aspekte zeigt der Umkehrschluss auf: Sind die gut bezahlten Arbeiten nicht "gesellschaftlich sinnvoll"? In der Tat werden Tätigkeiten wie Kostenreduzierung durch Arbeitsplatzabbau, Aufkaufen von Unternehmen, um "in den Markt des Landes einzusteigen", dabei "Synergieeffekte mitzunehmen" (Doppelarbeiten abbauen durch Zusammenlegung von Abteilungen der früher getrennten Unternehmen, d. h. Entlassungen) zum einzigen Zweck des höheren Gewinns, aber auch die Vernichtung von Kaufkraft durch Plattmachen von Arbeitsplätzen auch im öffentlichen Sektor durchaus zunehmend kritischer gesehen.

deren Erledigung durch die finanzielle Austrocknung der Kommunen immer schwieriger wurde.

Wird der Auftrag der Kommunen zur Daseinsvorsorge ernst genommen, muss das Ziel sein, diese zeitlich befristeten, unsicheren Beschäftigungen wieder auf eine sichere Basis zu stellen. Das heißt, statt diverse Modelle und Programme durchzuhecheln, sind normale Planstellen einzurichten. Die Kommunen müssen auch wieder in die Lage versetzt werden, diese Stellen entsprechend auszustatten. Sie müssen in der Lage sein, diese Aufgaben zu finanzieren. Eine "öffentliche Förderung" könnte natürlich ein wichtiger Schritt dahin sein.

3. Ursachen, Hintergründe

3.1. Neoliberale Wende

3.1.1. Weltweit

Seit Mitte der 1970er Jahre wird die Liberalisierung des Welthandels vorangetrieben. Die Wechselkurse der Währungen wurden dem Markt überlassen, Zölle wurden weitgehend abgebaut, Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen als "Handelshemmnisse" außer Kraft gesetzt. Es wird eine "objektive Sachzwanglogik" konstatiert, an die sich nationale Ökonomien nur noch anpassen können. (Bischoff, S. 25/26, 33) Diesen "Globalisierungszwängen" sei Rechnung zu tragen durch Steuerentlastungen, Senkung der Sozialabgaben, Lohnzurückhaltung, Flexibilisierungen usw. Nationale Wirtschaftspolitik müsse sich beschränken auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitskräften. Trotz der erdrückenden Dominanz dieser Politik konnte weder die Massenarbeitslosigkeit überwunden werden noch gelang die Rückkehr zu hohem dauerhaftem Wachstum bei kapazitätsbildenden Sachinvestitionen. (Zinn, S. 24) Es wurde stattdessen ein hartnäckiges Defizit bei den Konsumausgaben und den öffentlichen Ausgaben geschaffen. (Bischoff, S. 38)

3.1.2. Auswirkungen auf die Kommunen

Diese Steuersenkungs- und Steuerverlagerungspolitik zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen führt u. a. zu einer Verschlechterung der Finanzausstattung der Kommunen. (Bischoff, S. 35) So wird die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der deutschen Gemein-

den und Städte systematisch ausgetrocknet. Den schrumpfenden Einnahmen stehen drastische Erhöhungen der Ausgaben gegenüber: Steigende Sozialausgaben bei hoher Arbeitslosigkeit, Übertragung kostenträchtiger Aufgaben durch Bund und Länder. (Crummenerl, S. 40 /41)⁹ Mit Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen wurde der schon begonnene Abbau der sozialen Sicherung forciert.

In Nürnberg fand schon etwa seit Ende der 1980er Jahre in der Vorbereitung der Haushaltsberatungen eine "Aufgabenkritik" statt. Dabei wurden Jahr für Jahr die einzelnen Haushaltsstellen darauf abgeklopft, ob, wie und wo die Aufgaben effektiver, d. h. in diesem Falle billiger, erledigt werden können.

3.1.3. Grenzen und Auswege?

Irgendwann ist die Tätigkeit so verdichtet, so durchorganisiert, dass jede weitere Steigerung nur eine fehlerhafte Erledigung der Aufgaben zur Folge haben würde. Dies kann natürlich niemand ernsthaft wollen. Es müssen also andere Wege der Einsparung finanzieller Ressourcen gefunden werden. Eine Möglichkeit scheint die Privatisierung zu sein.¹⁰ Wesentliche Bedingung dafür ist allerdings, dass Gewinne erwirtschaftet werden. Öffentliche Daseinsvorsorge deckt allerdings alle Fälle ab, in der Krankenversorgung, Pflege, Infrastruktur usw., ohne nach Profit zu fragen. Es bleiben also noch Restbereiche übrig, muss doch die gesamte Bevölkerung versorgt werden, auch dort, wo sich eine Privatisierung nicht lohnt, etwa auf dem Lande, oder wenn der betreffende Personenkreis nicht groß genug ist, um Gewinne zu erzielen, usw. Diese kostenträchtigen Reste, die nicht einfach eingestellt werden können, bleiben in öffentlicher Verantwortung.

⁹ Es bleibt einerseits abzuwarten, was von den gegenwärtig prognostizierten zusätzlichen Steuereinnahmen am Jahresende wirklich übrig bleibt. Andererseits hat die Bundesregierung ja schon sehr deutlich klar gemacht, dass sie an der Sparpolitik festhalten will. Es ist also nicht damit zu rechnen, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen entscheidend verbessert wird (z. B. wenigstens die Senkung der Gewerbesteuerumlage. Das ist der Anteil, den die Kommunen an Land und Bund abführen müssen, z. Zt. 28 %).

¹⁰ Dies passt auch in die neoliberale Sicht der Welt, nach der nur private Unternehmen, die sich der schonungslosen Konkurrenz stellen, effektiv, also in bester Qualität und billiger arbeiten. (Bischoff, S. 28/29)

Hierfür werden weitere Möglichkeiten der kostengünstigen Erledigung entwickelt: Unter den Stichworten "Ehrenamt", "Bürgerarbeit" usw. sollen RentnerInnen, ansonsten gut versorgte Ehefrauen und ähnliche Personenkreise animiert werden, sich kostenlos einzubringen. Mit dem Dritten Arbeitsmarkt sollen nun Instrumente geschaffen werden, Erwerbslose hier hinein-zuzwingen.

3.2. Paradigmenwechsel

3.2.1. In der Sozialen Sicherung

1977 beschrieb Rübner in einer Einführung in das Sozialrecht, es setze sich "in umfassender Weise die Herstellung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, mit anderen Worten, die Verwirklichung des Sozialstaats zum Ziel. Dabei soll die soziale Sicherheit dem Einzelnen im Rahmen des Möglichen eine verlässliche Lebensplanung gewährleisten und ihn vor Wechselfällen und Risiken schützen, die selbst zu tragen, ihm nicht zuzumuten ist. Unter sozialer Gerechtigkeit ist zwar nicht die größtmögliche Gleichheit der Gesellschaft zu verstehen. Wohl aber fordert soziale Gerechtigkeit ein Hinwirken auf einen Ausgleich und eine Verminderung übermäßig großer Unterschiede." (Rübner, S. 2/3) Das Sozialrecht solle dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen, "den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen." (Rübner, S. 3) Sozialleistungen seien nur solche Leistungen, die "dem Empfänger um seiner selbst willen" gewährt werden. (Rübner, S. 3) Sozialhilfe werde ohne Rücksicht auf den Grund der Hilfebedürftigkeit gewährt. Mit § 4 BSHG vom 30.6.1961 sei der verfassungsrechtlich abgesicherte Rechtsanspruch ausdrücklich anerkannt. Aufgabe sei, die Führung eines Lebens das der Würde des Menschen entspreche, zu ermöglichen, Leben in der Gemeinschaft solle ermöglicht werden, nicht ein Leben am Existenzminimum. (Rübner, S. 45)

Butterwegge beschreibt dies als sozialen Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Klassen, Schichten und Individuen, als aktiven Sozialstaat. "Unter den Rahmenbedingungen einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie ist Freiheit

immer die Möglichkeit der Schwächsten, über ihr Leben selbst zu bestimmen." (Butterwegge, FR)

Statt sozialer Gerechtigkeit soll mit der neoliberalen Wende Chancengleichheit angestrebt werden (Schröder-Blair-Papier): "Gleichheit der Chancen, nicht im Ergebnis", also gleiche Chancen auf Ausbildung für alle (ein Versprechen, das noch lange nicht eingelöst sein wird), nicht Arbeitsplätze für alle. Der "Rückbau des Sozialstaats" (Peter Glotz, zit. n. Butterwegge, FR), verlange mehr "Eigenverantwortung", eine Vokabel, die nach Butterwegge die "soziale Verantwortungslosigkeit kaschiert und legitimieren soll." (Butterwegge, FR) An die Stelle des aktiven tritt der "aktivierende" Sozialstaat. Hilfebedürftige werden nicht mehr ohne Gegenleistung alimentiert. Sozialstaatlichkeit, die eigentlich Verfassungsrang hat, muss sich nach neoliberaler Standortlogik wirtschaftlichen und Machtinteressen unterwerfen. Das Gemeinwesen wird in einen Wohlfahrtsmarkt, für die, die es sich leisten können, sich soziale Sicherheit zu kaufen, und einen Wohltätigkeitsstaat, der eine als "Grundsicherung" bezeichnete Minimalleistung bereithält, gespalten. (Butterwegge, Nachdenkseiten)

3.2.2. In der Arbeitsmarktpolitik

Oschmiansky u. a. sprechen von einem "Politikwechsel von der aktiven hin zu einer 'autoritär aktivierenden' Arbeitsmarktpolitik", die Formen nicht existenzsichernder Beschäftigung in hohem Maße fördert. (S. 294) Arbeitslosigkeit soll nicht nur durch Vermittlung in sozial gesicherte Beschäftigung abgebaut werden, sondern wird auch durch die Etablierung bzw. Ausweitung eines Niedriglohnsektors zu erreichen versucht. (Oschmiansky, S. 295)

In einer Untersuchung des IAB über Einsatz und Wirkungsweise sozialer Arbeitsgelegenheiten¹¹ aus betrieblicher und arbeitsmarktpolitischer Perspektive kommen die Autorinnen zu folgenden Ergebnissen: Jeder zweite befragte

¹¹ Die Soziale Arbeitsgelegenheit (1-€-Job) ist eine öffentlich finanzierte Beschäftigungsform für Personen, die Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Die Bezahlung stellt keinen regulären Arbeitslohn dar, sondern eine Mehraufwandsentschädigung, die bei 1 bis 2 Euro je geleisteter Arbeitsstunde liegt, den die Arbeitslosen vollständig zusätzlich zum Arbeitslosengeld II behalten. (Mehraufwandsvariante) (Vgl. Kettner/Rebien, S. 9/10)

Betrieb konnte sein Leistungsangebot durch soziale Arbeitsgelegenheiten ausweiten oder qualitativ verbessern ohne zusätzliche Lohnkosten und ohne Organisations- und Betreuungsaufwand. Ein Viertel der Betriebe gaben an, dass die durch Zusatzjobber erledigten Arbeiten nicht zusätzlich seien. (Kettner/Rebien, S. 37) Vier Prozent der Betriebe hatten Personal eingespart, 20 % machten hierzu keine Angaben. 21 % der Betriebe konnten mit einer besseren Vertretung im Urlaubs- oder Krankheitsfall aufwarten, 12 % waren in der Lage, Überstunden der regulär Beschäftigten abzubauen.

Dies alles kann nur durch eine Verlagerung der Beschäftigungsinhalte von regulärer Belegschaft auf Zusatzjobber geschehen. (Kettner/Rebien, S. 38) Kriterien für die Zulässigkeit der Sozialen Arbeitsgelegenheiten sind dagegen "Zusätzlichkeit" und "im öffentlichen Interesse liegend". (Kettner/Rebien, S. 11)

Verschiedene TV-Magazine berichteten in letzter Zeit verstärkt davon, dass AlgII-Empfänger in den Niedriglohnsektor gedrängt werden. Sie werden z. B. gezwungen, monatelange Praktika abzuleisten ohne zusätzliche Vergütung, auch keine Mehraufwandsentschädigung.

Vorgesehen sind bestenfalls ein paar Wochen Praktikum, auf keinen Fall vier Monate (Arbeitszeit zehn bis zwölf Stunden am Tag). Und dies nicht bei gemeinnützigen Einrichtungen, sondern in ganz normalen Unternehmen, wie z. B. Gärtnereien oder Busunternehmen. (Report Mainz, 29.8.07) Oder bei einem Bauunternehmen, das durch mehrere Trainingsmaßnahmen über 100.000,-€ eingespart hat. (Fakt, 3.9.07)

Bei einem gleichbleibenden Angebot an Zusatzjobbern rechnen Kettner/Rebien mit einer Streichung von Stellen und u. U. mit einer Wettbewerbsbeeinflussung (Kettner/Rebien, S. 39) und mit Risiken für den ersten Arbeitsmarkt. (Kettner/Rebien, S. 40/41) Nur zwei Prozent der Zusatzjobber wurden in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernommen, bei 5 % "wird darüber nachgedacht". Für 78 % stehen keine finanziellen Mittel für die Übernahme zur Verfügung, in 21 % werden die Aufgaben auf andere soziale Zusatzjobs übertragen. Seit Jahren geht der Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung und den sonstigen privaten und öffentlichen Dienstleistungen zurück, in den sozialen Dienstleistungen stagniert er. Neue Beschäftigungsmög-

lichkeiten sind vor diesem Hintergrund nicht absehbar. (Kettner/Rebien, S. 54/55) In Deutschland ist nach einer OECD-Studie (OECD 2004 – 2006, Employment Outlook, Paris) der Übergang aus dem Niedriglohnbereich in eine besser bezahlte Beschäftigung besonders schwierig. Die "Aufwärtsmobilität" unter Niedriglohnbeschäftigten ist in Deutschland gemeinsam mit den USA, Großbritannien und Frankreich am geringsten. (Oschmiansky, S. 295)

In dieser Entwicklung hin zu ungesicherten und unzureichend bezahlten Arbeitsverhältnissen wäre der Dritte Arbeitsmarkt die nächste Stufe, für die Betroffenen die nächste Stufe abwärts. Nicht nur der Trend zur Verarmung der Gesellschaft würde verstärkt, hier kündigt sich eine neue Qualität an: Die Frage der Freiwilligkeit wird in den behandelten Modellen unterschiedlich gehandhabt. Schreibt man allerdings die gegenwärtige Praxis der Argen und Kommunen fort, ist ein Zwang zur Annahme der "angebotenen" Stellen des Dritten Arbeitsmarktes zu erwarten – eine "Arbeitspflicht zum Hungerlohn".

4. Die ungewollte Wirkung von Alternativ-Vorschlägen

Der DGB, Fraktionen der Linken, damals noch als Linke.PDS, aus Landtagen und Bundestag haben Modelle zum Dritten Arbeitsmarkt vorgeschlagen. Die aktive Forcierung des Abbaus der sozialen Sicherung steht nun nicht auf der Tagesordnung dieser Organisationen. Welche Motivation auch immer dahinter steckt, ob versucht wird, "zu retten, was zu retten ist", den anderen Vorschlägen "die Spitzen zu nehmen", "das Schlimmste zu verhindern", oder welche Gründe sonst, in der gegenwärtigen Machtkonstellation geben wir diesen Vorschlägen keine Chance, Essentials wie etwa Tariflohn durchzusetzen. Wir befürchten, dass auf lange Sicht sich ein Modell ähnlich dem nürnberger durchsetzen wird, vielleicht erst nach 2012, wenn das Modell der Bundesregierung ausgearbeitet ist, sollte es im Parlament beschlossen werden.

Die Beteiligung an der Diskussion um den Dritten Arbeitsmarkt dürfte die Position der Gewerkschaften nicht erleichtern. Sie bieten dadurch Angriffsflächen, um Tarifverträge zu unterlaufen, geradezu an. Die Verbindung von tariflichen Arbeitsplätzen mit Beschäftigungen des Dritten Arbeitsmarktes, bei denen u. a.

nicht klar ist, was für ein Verhältnis besteht, wer Arbeitgeber ist, bei denen die Frage der Interessenvertretung noch völlig ungeklärt ist, bietet hierzu die besten Gelegenheiten.

Für die Linke, der das Erbe der Linken.PDS zufällt, dürfte es schwer werden, sich von neoliberalen Positionen klar abzugrenzen, ihre politische Position wurde durch die Propagierung dieser Modelle untergraben.

In der politischen Praxis lassen sich zwei Beobachtungen machen. Je intensiver jemand mitdiskutiert, desto stärker wird er /sie in das Ergebnis mit einbezogen, auch wenn dieses Ergebnis den eigenen Vorstellungen diametral widerspricht. Auch die Erfahrung mit der Hartz-Kommission, in die GewerkschafterInnen von Peter Hartz berufen wurden und nicht von der eigenen Organisation gewählt und delegiert, zeigen dies. Dadurch werden die Gewerkschaften auf Dauer mit den Ergebnissen nicht nur der Kommission, sondern auch mit den daraus folgenden Gesetzen identifiziert.¹²

Eine Niederlage wird möglichst nicht eingestanden. Lieber wird ein positiver Aspekt herausgepickt und in den Vordergrund gestellt, sei er auch noch so nebensächlich. Diese beiden Effekte machen sich die VertreterInnen der Meinung, die sich durchgesetzt hat, zunutze. Sie nehmen die Unterlegenen gerne mit ins Boot, lassen sie am "Erfolg" teilhaben, geben ihnen aber auch einen Teil der Verantwortung mit. (vgl. van Dyke) Hier wäre eine frühe und klare Positionsbestimmung wünschenswert, um nicht immer wieder gegen das Argument, man habe ja die Diskussion mitgestaltet, also könne man sich nicht hinterher aus der Verantwortung ziehen, ankämpfen zu müssen. Eine ehrliche, ungeschönte Bilanz würde dann helfen, die Position in der neuen Lage zu bestimmen und neue Widerstandslinien aufzubauen und u. U. auch neue Allianzen auszuloten.

Noch eine grundsätzlichere Bemerkung: Bringen DGB und Linke / Linke.PDS eigene Modelle zum Dritten Arbeitsmarkt ein, heißt das, dass sie die Notwendigkeit dieses Instruments anerkennen. Dies bedeutet schritt- oder teilweise eine Anpassung an die neoliberale Politik, die die

Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen, eine wesentliche Möglichkeit der Gestaltung der Gesellschaft, der Wirtschaft übereignet hat. Ein politisches Ziel "Vollbeschäftigung" oder wenigstens "mehr Beschäftigung" kann nicht mehr glaubhaft vertreten werden.

5. Was notwendig ist

Die Wirtschaft ist nicht Willens und anscheinend auch nicht in der Lage, für genügend Beschäftigung zu sorgen. Die neoliberalen Versprechungen ("Wohlstand für alle") sind bis jetzt nicht eingelöst worden. Im Gegenteil öffnet sich die Schere zwischen Armut und Reichtum weiter, daran wird ein kurzes konjunkturelles Strohfeuer auf Dauer nichts ändern. Gleichzeitig wird in der Daseinsvorsorge immer mehr Arbeit nicht erledigt, die dringend benötigt würde.

Anstatt sich gegen die rasant zunehmende Kürzung der Mittel zu wehren, versucht die öffentliche Hand immer noch, die Leistungen den immer knapperen finanziellen Vorgaben anzupassen. Der neoliberalen Ideologie gehorchend, dass die Gemeinschaft nichts kosten darf, soll nun die Leistung praktisch ohne Entgelt erbracht werden.

Die Gesellschaft ist aufgefordert, zu bestimmen, welche Leistungen sie haben will und für deren Finanzierung zu sorgen. Die Entscheidung über Arbeitsplätze darf nicht alleine der Wirtschaft und ihren Ideologen überlassen bleiben.¹³

- Wir lehnen einen Arbeitsmarkt, der die Verarmung zementiert, ab: „Arm trotz Arbeit“ darf nicht zur Regel werden. Auch nicht über die Schaffung eines "zweiten" oder "dritten" Arbeitsmarktes, die die Spaltung in Arbeitsplatzbesitzer und Erwerbslose höherer und niedriger Ordnung vorantreibt.
- Wir brauchen Löhne (Mindestlöhne), die zum Leben reichen.
- Der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" muss durchgesetzt werden.

¹² Auch wenn durchaus einzelne GewerkschaftsvertreterInnen den Ergebnissen mehr oder weniger zustimmen, die Identifikation der Gewerkschaften mit "Hartz IV" in der Bevölkerung wäre ohne die Beteiligung in der Kommission nicht so stark – "Die waren auch dabei!"

¹³ Diese Forderungen betreffen den Dritten Arbeitsmarkt. Die weiteren Ziele der ANA bleiben natürlich bestehen: Eine deutliche Erhöhung des Regelsatzes, Keine Anrechnung des Kindergeldes, Keine Anrechnung vom Partner-Einkommen, Keine Einführung von „Sippenhaftung“, Übernahme der tatsächlichen Miete, Volle Übernahme der Heizkosten, Keine Repressionen gegen Erwerbslose, Einstellung der Diffamierungen.

- Es ist die falsche Lösung, die durch den Sparwahn erst geschaffenen finanziellen Probleme der Länder, Kommunen, Landkreise, Sozialverbände usw. durch zwangsweisen Einsatz von Langzeitarbeitslosen zu Billiglöhnen und ohne soziale und gewerkschaftliche Rechte beheben zu wollen (das gilt für den Dritten Arbeitsmarkt wie für Ein-Euro-Jobs).
- Diese Aufgaben müssen über reguläre Planstellen abgedeckt werden.
- Die Finanzierung dieser Stellen muss gewährleistet sein. Geld ist in einem der reichsten Länder Europas genug vorhanden.
- Die Öffentlichkeit braucht Informationen aus Stadtrat, Stadtverwaltung, NOA, Arge, AA sowie von möglichen Trägern über entsprechende Planungen.
- Wir fordern Kommunen, Parteien, Sozialverbände, Gewerkschaften, Initiativen und Kirchen auf, eindeutig Position zu beziehen gegen solche Programme und möglichst deren Einführung zu verhindern.
- Die Anerkennung eines Dritten Arbeitsmarktes entlässt diejenigen aus der Verantwortung, die für die Erwerbslosigkeit verantwortlich sind.

Es ist klar, dass die Probleme auf der kommunalen Ebene nicht gelöst werden können. Aber mit den beschriebenen Konzepten und Projekten zum Dritten Arbeitsmarkt werden jeweilige eigene Interessen vorangetrieben und Fakten geschaffen, die die Entwicklung zum Billiglohn vorantreiben. Hier gilt es einzugreifen, zu verhindern, was zu verhindern ist. Das Standardargument auf kommunale Ebene, dass ja Gesetze des Bundes und der Länder umgesetzt werden müssen, ob man das wolle oder nicht, gilt hier nur sehr begrenzt.

Fast alle Akteure auf der kommunalen Ebene sind Mitglieder von Parteien. Der Parteien, die die Gesetze in Land, Bund und EU beschließen. Wie geht es an, dass diese an der Basis in der ganzen Republik verbreitete Aussage sich nicht in den Parteien durchsetzt? Werden wir nach Strich und Faden belogen? Will die Basis etwas anderes, als in den Parteien beschlossen wird? Wie sieht es dann mit der innerparteilichen Demokratie aus?

Abkürzungen

AA	Agentur für Arbeit
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
Alg	Arbeitslosengeld I, II
ARGE	Arbeitsgemeinschaft; zwischen der Kommune und der lokalen AA
BA	Bundesagentur für Arbeit
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
eHb	erwerbsfähige Hilfebedürftige
EU	Europäische Union
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der BA
KdU	Kosten der Unterkunft (Miete, Heizkosten, pauschaliert)
LZA	Langzeitarbeitslose
NOA	Noris Arbeit (kommunale Beschäftigungsgesellschaft in Nürnberg)
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung

Quellen

- Berufsinformation Erzieher/in,
<http://berufenet.arbeitsagentur.de/berufe/>
- Bischoff, Joachim, Privatisierung: Was steckt dahinter? In Hauschild, Peter u. a., Privatisierung: Wahn und Wirklichkeit, Hamburg 2004, VSA-Verlag
- Bundes-SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft Kommunalpolitik), Kommunal-Kombi für Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit.
<http://www.bundes-sgk.de>
- Buntenbach, Annelie, Positionspapier (DGB): Öffentlich geförderte Beschäftigung, v. 17.Juli 2006, in einblick 14/06 (21.08.2006)
- Butterwegge, Christoph, Sozialdemokraten in der neoliberalen Falle, Frankfurter Rundschau, 23.9.2003, S. 7
- Butterwegge, Christoph, Mehr Freiheit durch weniger Sicherheit, Gleichheit und Gerechtigkeit? Thesen zur Wohlfahrtsentwicklung und zur Sozialpolitik der Großen Koalition, 10.11.2006; NachDenkSeiten – Die kritische Website: <http://www.nachdenkseiten.de/>
- Crummenerl, Jürgen, Kommunen im Privatisierungswahn, in Hauschild, a.a.o.
- Der Spiegel 10/2007, Das kommunistische Dorf, von Uwe Buse, S. 58-62
- FAKT (ARD), vom 03.09.07;
<http://www.mdr.de/fakt/>
- Junge Welt, 11./12.02.2006, Streit über Reformen, von Sebastian Gerhardt
 28.06.07, Hartz IV "de luxe", v. Rainer Balcerowiak
- Kettner, Anja, Rebien, Martina, Soziale Arbeitsgelegenheiten. Einsatz und Wirkungsweise aus betrieblicher und arbeitsmarktpolitischer Perspektive, IAB Forschungsbericht Nr. 2/2007, Nürnberg
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen.
 Teil I: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern, Bonn Oktober 1996.
 Teil II: Ursachen steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern, Bonn Juli 1997.
 Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn, Nov. 1997
- Lay, Caren, MdL Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren- 3000 Stellen im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Sachsen, o. Datum.
- Mäder, Ueli, Exklusion – die neue soziale Frage, in Widerspruch 49/05, S. 95 ff
 Nürnberger Nachrichten, "Kein Mangel an Fachkräften", 5.09.2007
- Oschmiansky, Frank, Maurer, Andreas, Schulze Buschoff, Karin, Arbeitsmarktreformen in Deutschland – Zwischen Pfadabhängigkeit und Paradigmenwechsel, in WSI-Mitteilungen 6/2007, S. 291 ff
- Prölß, Reiner, Soziale Integration durch kommunale Beschäftigungspolitik: Teilhabe für den Einzelnen ermöglichen, Nutzen für die Allgemeinheit mehren – Plädoyer für einen Paradigmenwechsel, in: Dokumentation Strategieworkshop "Soziale Integration durch Beschäftigungspolitik", Mittwoch, 26. Juli 2006, Nachbarschaftshaus Gostenhof, Referat für Jugend, Familie und Soziales, S. 4 ff
- Report Mainz (ARD), vom 27.08.07; <http://www.swr.de/report>
- Rüfner, Wolfgang, Einführung in das Sozialrecht, München 1977(1), C. H. Beck
- Tagesschau 27.06.2007, "Kommunal-Kombi" soll 100.000 Jobs schaffen
 28.06.2007, Kommunal-Kombi" stößt auf wenig Gegenliebe
- van Dyke, Silke, Im Konsens aus der Krise? die Rolle der Gewerkschaften in "Erfolgspartnerschaften" am Beispiel des niederländischen Poldermodells; in Prokla 130, S. 119-139
- Wagner, Alexandra, Beschäftigungsperspektiven für Langzeitarbeitslose – ABM, Arbeitsgelegenheiten und öffentlich geförderte Beschäftigung, in WSI-Mitteilungen 6/2007, S. 320 ff
- Zinn, Karl Georg, Gewinner und Verlierer der Globalisierung? Wirtschaftsentwicklung im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2000

Mo dell	Zielgruppe	Tätigkeit	Dau er	Beschäftigungsträ ger	Freiwil ligkeit	Sank tion	Beschäftigung sbedingungen			Finanzierung	Verkaufsargumente	
							Sv	AlgI	Verg ütg			
DGB					ja	./. ver fas sungs recht lich frag wür dig				Aus Bonus-Malus-Fond	"Ehrlicher 2. A'-mkt"; Auf absehbare Zeit Unterbeschäftigt von bis 7 Mio. A'pl.	Unternehmer nicht aus Verantwortung lassen: Bonus-Malus-System!
1.	Übergang in 1. A'mkt hat Vorrang	keine Angaben: normale Tätigkeit	"längere Zeit"	Auch Betriebe, die sich auf 1. A'mkt bewegen			+	+	Tarif	Förd. ist Nachteilsausgleich		
2.	LZA m. mehreren Vermittlungshemmnissen; insbes. rentennahe Jahrg. (> 55 J.); > 50: 100.000 LZA in strukturschwachen Gebieten	Verbesserung der sozialen Infrastruktur, marktferne Tätigkeitsfelder der Entscheidung üb. Umfang, Einsatzfelder: örtl. A'mkt-akteure	mehrere Jahre	gemeinnützige Org.: Wohlfahrts-, Sozialverbände, Vereine			+	./.	7,50, Mindestlohn	Steuern, SV-Beiträge; SGB II-Eingliederungsbudget; kaum höher als 1-€; Eigenanteil Non-Profit-Org.; SGBII: falsche Anreize, die 1-€-Jobs fehlleiten	Ges. sinnvolle Arbeit. Bisher keine Förd. soz.-vers. pfl. Beschäftigt, insbes. in gemeinnütz. Bereich über mehrere Jahre	"Sozialverträgl. Übergang in Ruhestand"; Zusätzl. Wertschöpfung "Teil einer offensiven Beschäftigungspol." "Entlastungsfunktion"
LZA = Langzeitarbeitslose A'mkt = Arbeitsmarkt												
Bonus-Malus-System (Bsp. Österreich): Es gibt einen Bonus für Arbeitgeber bei Einstellung Älterer, Strafzahlung bei Entlassung langjähriger Beschäftigter ohne zwingenden Grund. In Fond gesammelte Malus-Zahlungen sind zielgerichtet zur Beschäftigung schwer vermittelbarer älterer Arbeitsloser zu verwenden.												
Quelle: Annelie Buntenbach, DGB Bundesvorstand, Positionspapier "Öffentlich geförderte Beschäftigung", 17.07.2006, in einblick 14/06, 21.08.2006												

Mo dell	Zielgruppe	Tätigkeit	Dau er	Beschäftigungsträ ger	Freiwil ligkeit	Sank tion	Beschäftigung sbedingungen			Finanzierung	Verkaufsargumente	
							Sv	AlgI	Verg ütg			
Sach sen- Anh alt	Alg-II-Bez., die keine Chance auf 1.A'Markt mehr haben und sollte auch viele Kurzarbeitslose aus der Statistik drücken.	z.B. Altenheim: nicht Pflege, sondern miteinander reden, Handhalten, da sein, PflegerInnen haben zu wenig Zeit	un be fris tet	Altenheim, Feuerwehr, Heimatverein, Kirchengemeinde, 58-Jährige schließt Kirche auf, kurze Führung, Nachmittags ebenfalls auf- und zuschließen; und manchmal dem Pfarrer im Büro helfen	Arbeitspflicht	Sperr e (?)	fa lls nö tig		800,- brutto	Bund, Länder, Kommunen Grundsicherung von Hartz IV, staatlicher Zuschuss zu Miete und Heizkosten, Geld für 1-€-Jobs, für Weiterbildungsmaßnahmen in einen Topf.	"Bürgerarbeit" Arbeit finanzieren! Arbeiten, die wichtig sind für die Gesellschaft, aber die niemand bezahlen will oder kann. "Weit weg vom Arbeitsmarkt beschäftigt"	Verabschiedung von Vollbeschäftigung, vom Gewohnheitsrecht auf Wohlstand. Pilotprojekt: A'losigk. 15,9% → 6,3%; kostenneutral; "fühlt sich nicht mehr a'los"
Quelle: Spiegel Nr. 10, 5.3.2007; Pilotprojekt Bad Schmiedeberg, Sachsen-Anhalt												

BA	Arbeitsmarktferne Personen	Gemeinwohl orientierte Tätigkeiten								Grundsatz: Kostenneutralität. Bündelg aktiver und passiver Leistungen. Sonderprogr. EU, Bund, Länder, Kommunen, Priv. Fin.-mittel (Sponsoring)	WIN-WIN-Situation für alle Beteiligte	
Quelle: Bundesagentur für Arbeit												

Mo dell	Zielgruppe	Tätigkeit	Dau er	Beschäftigungsträ ger	Freiwil ligkeit	Sank tion	Beschäftigung sbedingungen			Finanzierung	Verkaufsargumente		
							Sv	AlgI	Verg ütg				
Link spart ei. PDS- Frak- tio- nen	Langzeitarbeits- lose, in der Regel über 25 Jahre	Schulsoziala rbeit, Schul- busbegleitg, Kultur-, Na- turschutz- Stadtteil- Tourismus- projekte	meh rjäh rig	Sozial-gemeinnützige Träger oder im Kulturellen Bereich	ja		+	./.	1400,- brutto; Tarif, bzw. M'- lohn 8,- €	Zusammenlegg der Gelder. Bil- dung eines Fonds für sozi- ale und ökologi- sche Gemein- schaftsaufg.	4500 A'losen ei- ne Perspektive geben. "existenz- sichernd“.	Kostet gesell- schaftlich kaum mehr als die Fi- nanzierung von Arbeitslosigkeit.	
Quellen: Lay, C., Linksfraktion.PDS sächs. Landtag; Junge Welt 11./12.02.2006													
PröiB Stadt Nbg.	Grundsätzlich alle eHb über 50 Jahre	Stadtteilbez ogene Maßnahmen	bis Rent enei ntritt	NOA, Sozialverbände, Unternehmen	ja	nur in be- grün- deten Aus- nah- me- fällen			1,- bis 2,- Euro / Std.	Integrationsbud get, Drittmittel	Menschenwürdi- ges Leben durch die Möglichkeit der längerfristi- gen Teilhabe an Arbeit		
	ausgewählte Per- sonengruppen (m. 3 Vermittlgs- hemmnissen)		läng erfri stig										
Quelle: Reiner PröiB, Sozialreferenten der Stadt Nürnberg, in Dokumentation Strategieworkshop "Soziale Integration durch Beschäftigungspolitik", 26.7.06													
Bund es reg: "Kom mu- nal- Kom bi"	85 Regionen m. durchschnittl. über 15 % A'lo- senquote zw. 08/06 u. 04/07; AlgII-Bezug mind. 2. Jahre	in öff. Interesse, zusätzlich, keine A'platz- vernichtung, keine Kon- kurrenz zu Handwerk, Gewerbe	Jan. 08 – Dez. 09 auf 3 Jahr e	Kommunen, gemeinwohlorientierte Unternehmen	?	?	+	./.	bis 1000,- €	Bund ½, (aus Einsparungen bei AlgII, Mehreinnahme n RV) bis 500,-, Kommune, Land	Neueinstellungen in Städten und Kreisen mit bisher hoher A'losigkeit fördern		
Quellen: www.tagesschau.de, 27./28.6.07; www.bundes-sgk.de; Hartz IV "de luxe", Junge Welt 28.6.07													